

Nachhaltige Wohlfahrt: Ökologisch-soziale

Politik für die Postwachstumsära

Max Koch

Grenzwerte biophysikalischer Prozesse (Klima, biologische Vielfalt, Stickstoffkreislauf) rücken entweder näher oder sind bereits überschritten.¹ Im Falle des Klimawandels hebt der Weltklimarat (IPCC) in seinem fünften Sachstandsbericht² hervor, dass die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf die höchsten Werte seit mindestens 800.000 Jahren angestiegen sind. Seit der industriellen Revolution beträgt der Anstieg bereits 40%. Zum Ende des Jahrhunderts erwartet der IPCC Temperaturanstiege jenseits der im Pariser Abkommen von 2015 als relativ sicher angesehenen 1,5°C in allen bis auf das optimistischste Szenarium. Angesichts der Tatsache, dass auch für 2018 wieder eine absolute Zunahme der globalen CO₂-Emissionen von 2,7% vermeldet wurde (THE GUARDIAN, 5. Dezember 2018), ist es immer wahrscheinlicher, dass diese Grenze überschritten werden wird. Andere IPCC-Szenarien gehen von einer Erderwärmung von bis zu 4,8°C aus. In Verbindung mit der überaus hohen Geschwindigkeit des Klimawandels wäre dies weit außerhalb des Erfahrungshorizonts menschlicher Zivilisation. Vergessen wird dabei mitunter, dass die Erderwärmung nach 2100 weitergehen und die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen zusätzlich unterminieren wird. Ein komparativ-evaluierender Blick auf gegenwärtige Klimapolitik ist kaum dazu angetan, die düstere Zukunftsperspektive des IPCC aufzuhellen.³ Würde die gegenwärtige Klimapolitik der Europäischen Union (EU) auf den Rest der Welt übertragen, betrüge der Temperaturanstieg 3,2°C bis 2100 – und damit mehr als das Doppelte dessen, was die Klimawissenschaft als für die Zukunft der Menschheit und anderer Arten als relativ verträglich erachtet. Zum Vergleich: Die Verallgemeinerung der Klimapolitik Russlands, Chinas und Kanadas liefe auf 5°C hinaus, und die der USA auf 4°C.

Für den europäischen Raum zieht nicht nur die Europäische Umweltagentur aus diesen Daten und Szenarien den Schluss, dass das Einhalten der Pariser Klimaziele tiefgreifende Änderungen in den soziotechnischen Systemen der EU wie Energie, Ernährung, Mobilität und urbane Strukturen erfordern würde.⁴ Dem ist aus sozialpolitischer Sicht hinzuzufügen, dass eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik distributive Konsequenzen hat, die sie bei der Wählerschaft unbeliebt zu machen drohen. Diese sind in Beiträgen zur Klimagerechtigkeit thematisiert worden, zum Beispiel in Modellen der Lastenteilung zwischen reichen und armen Ländern.⁵ Aber auch innerhalb der reichen Länder komplizieren Verteilungseffekte die Durchsetzung von Klimapolitik. Da unterschiedliche soziale Gruppierungen in unterschiedlichem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, und auch unterschiedlich in der Lage sind, mit seinen Auswirkungen umzugehen, spricht Walker von einer „doppelten Ungerechtigkeit“.⁶ Beispielsweise geben ärmere Haushalte einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens für energieintensive Zwecke wie Heizen oder Kühlen aus und wären von einer generellen Energiepreiserhöhung am meisten betroffen. Der Protest der „Gelbwesten“ vor allem in Frankreich ist nur das jüngste Indiz dafür, dass eine ambitionierte Klimapolitik bei einer gleichzeitigen steuerlichen Entlastung gut verdienender Haushalte mit eher wenig Gegenliebe rechnen kann.

Viel spricht deshalb dafür, Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik weiter zu entwickeln, um distributive Effekte hochgesteckter Klimaziele in gewissen Grenzen zu halten. In diesem Beitrag wird zunächst die Klimapolitik der EU und ausgewählter Mitgliedsstaaten beleuchtet, bevor in den alternativen Ansatz der „nachhaltigen Wohlfahrt“ (*sustainable welfare*) eingeführt wird, welcher ökologische Nachhaltigkeitsziele und -politik mit Wohlfahrt und

Sozialpolitik kombiniert. Anschließend wird eine „ökologisch-soziale“ Politik skizziert, deren Ziel es ist, die ökologische Krise und soziale Ungleichheit zugleich zu bekämpfen.

Wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf den Klimawandel reagieren

Im Pariser Abkommen haben die Staaten der Welt anerkannt, dass der Klimawandel globale Antworten erfordert, wobei die reichen Länder einschließlich der EU Mitgliedsstaaten eine besondere und überproportionale Verantwortung haben, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Um eine Chance von zumindest 66% zu haben, das 1,5°C Ziel einzuhalten, bedarf es einer baldigen und radikalen Reduktion der Emissionen bis auf null.⁷ Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Weltbank oder das Umweltprogramm der Vereinten Nationen verfolgen die EU und ihre Mitgliedsstaaten diesbezüglich eine Strategie des sogenannten „nachhaltigen Wachstums“ oder der „ökologischen Modernisierung“. Demnach erfordert die Einhaltung von Umwelt- und Klimazielen einen aktiven Staat, der in der Lage ist, Zielmargen zu setzen, Risiken zu managen und eine Industriepolitik zu betreiben, die Unternehmensinteressen nicht aus dem Auge verliert. Durch eine Verminderung des Verbrauchs von Energie und Ressourcen sollen zugleich die Importabhängigkeit der EU im Energiesektor verringert und „grüne“ Jobs geschaffen werden. Generell gelte es, Synergien zwischen Wirtschafts-, Umwelt und Sozialpolitik zu stärken.

Das „grüne Wachstum“ schließt die Nutzung von Atomenergie sowie von Technologien zur CO₂-Abscheidung und –speicherung und sogenannten Negativemissionstechnologien ein. Deren erfolgreiche Implementation ist auch Bestandteil des Pariser Abkommens zur Einhaltung der Klimaziele. Es wird davon ausgegangen, dass es im Laufe dieses Jahrhunderts möglich werden wird, Milliarden von Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre zu saugen.

Allerdings, so wenden führende Klimawissenschaftler ein, spricht bis dato wenig dafür, dass diese Technologien im beabsichtigten Umfang einsetzbar sein werden.⁸ Zwar sind auch Anderson und Peters dafür, das Potential von Negativemissionstechnologien weiterhin zu erforschen, warnen aber zugleich davor, deren Funktionieren in der Klimapolitik einfach vorauszusetzen. Die beiden Autoren mahnen stattdessen zur Vorsicht und empfehlen Klimaszenarien auf der Grundlage bestehender und erprobtermaßen funktionierender Technologien.

Die EU hat sich zu einer integrierten Energie- und Klimastrategie verpflichtet, die auf den drei Prinzipien der Nachhaltigkeit, Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit basiert, welche als sich gegenseitig verstärkend aufgefasst werden. „Dekarbonisierung“ etwa wird nicht nur als zielführend bei der Reduktion von Treibhausgasen betrachtet, sondern auch als Innovationsvorsprung im globalen Wachstumsmarkt für energiebezogene Güter und Dienstleistungen.⁹ Nicht nur wird Wirtschaftswachstum als im Einklang mit Klimazielen gesehen, letztere werden durchaus ambitioniert gesteckt: Bis 2050 soll die EU ihre Treibhausgasemissionen um 80-95% im Vergleich zu 1990 reduziert haben.¹⁰ Dies soll durch den sogenannten „target and timetable“ Ansatz gelingen, welcher immer schnellere Verminderungen von 20-40% bis 2030 im Vergleich zu 1990 und 80-95% bis 2050 vorsieht. Auch die aktuelle Europa 2020 Strategie, welche ein „intelligentes“, „nachhaltiges“ und „inklusive“ Wachstum anstrebt und zugleich ressourceneffizient und wettbewerbsfähig zu sein vorgibt, zeichnet ein rosarotes Zukunftsbild der EU, gekennzeichnet durch ein „gedeihliches Leben in einer CO₂-neutralen, ressourcenschonenden Welt, ohne Umweltzerstörung, Verlust von Biodiversität und nicht nachhaltige Nutzung von Rohstoffen“ (eigene Übersetzung).¹¹ Einerseits kombiniert die 2020 Strategie explizit Umwelt-, Wirtschafts- und Wohlfahrtsziele und -initiativen, andererseits bleibt bisweilen unklar, wie

genau diese – angeblich sich gegenseitig verstärkenden – Ziele miteinander verzahnt werden sollen. Da potentielle Spannungen und Konflikte zwischen diesen Politikzielen und -bereichen weitgehend unbeachtet bleiben¹², lässt sich nur darüber spekulieren, was passieren würde, wenn offen zutage träte, dass eines dieser Ziele nicht im vorgesehenen Zeitraum einzuhalten ist. Würde etwa eine wahrscheinliche Verfehlung der Pariser Klimaziele eine politische Bremsung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben? Dies erscheint zumindest zweifelhaft im Lichte der gegenwärtigen Politikpriorität von ökonomischem Wachstum und „Marktlösungen“, und insbesondere angesichts des Beschlusses der Juncker EU Kommission, Umweltziele aus dem jährlichen *European Semester Growth Survey* und den daraus abgeleiteten länderspezifischen Empfehlungen herauszunehmen. Praktisch ist damit die Koordination von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik weitgehend Mitgliedsländersache.

Auf dieser Ebene wiederum zeigen erste Resultate des Projekts *Sustainable European Welfare States*¹³, das Deutschland, Italien, Norwegen und Großbritannien vergleicht, dass die Governancenetzwerke, die angesichts dieser neuartigen Koordinationsherausforderungen implementiert worden sind, stark von Land zu Land variieren.¹⁴ So haben zum Beispiel Deutschland und Norwegen sogenannte „lead departments“ eingerichtet, deren Hauptaufgabe die Politikkoordination der „Nachhaltigkeitsstrategie“ ist (in Deutschland geschieht dies im Kanzleramt). Allerdings hat in beiden Fällen das Finanzministerium ein Vetorecht: „Schuldenbremse“ geht hier einstweilen vor ökologischer Nachhaltigkeit. In Italien ist dagegen das Umweltministerium für die Koordination der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verantwortlich, während dies in Großbritannien in mehreren Ministerien zugleich erfolgt. Dies führt in der Praxis zu einem Nebeneinander unterschiedlicher Koordinationsmechanismen. Auch die so wichtige Verzahnung von Klima- und Sozialpolitik erfolgt unterschiedlich. Während in Deutschland alle Ministerien diese Verbindung zumindest

berücksichtigen, ist dies in Italien überhaupt nicht der Fall. In Norwegen spielt dies lediglich im Umweltministerium eine Rolle, nicht jedoch im Arbeits- und Sozialministerium. Insgesamt haben die Interviewpartner aus verschiedenen Ministerien höchst unterschiedliche und teilweise ungenaue und widersprüchliche Auffassungen über potentielle Verbindungen und Synergien zwischen Klima- und Sozialpolitik. Gemeinsame und Ministerien übergreifende Arbeit ist bisher die Ausnahme und zumeist auf gut gemeinte Intentionen und Ambitionen beschränkt. Für keines der vier Länder kann bis dato von einer erfolgreich koordinierten ökologisch-sozialen Politik gesprochen werden.

Nachhaltige Wohlfahrt jenseits des Wachstumsparadigmas

Für eine aussagekräftige Bewertung von Strategien des „grünen Wachstums“ ist die Unterscheidung zwischen relativer und absoluter Entkopplung von Bruttoinlandsprodukt (BIP), Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Treibhausgasemissionen grundlegend. Während die relative Ressourcen- und Energienutzung – also pro produziertem Euro – in einigen reichen Ländern zurückgegangen ist, ist dies im absoluten Sinn entweder gar nicht oder doch nicht im erforderlichen Ausmaß der Fall, um die Pariser Klimaziele einzuhalten.¹⁵ Da Optimierungen in der Energie- und Ressourceneffizienz durch Ausweitungen der Stufenleiter der Produktion bis dato mehr als kompensiert worden sind, erscheinen auch die Aussichten, dass dies in Zukunft im notwendigen Umfang gelingt, als äußerst bescheiden. Vergleichende Studien weisen immer wieder auf den unverändert starken Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung (gemessen durch BIP pro Kopf) einerseits und Umweltindikatoren wie den ökologischen Fußabdrücken von Produktion und Konsumtion sowie Treibhausgasemissionen andererseits hin.¹⁶ Das eng mit Wirtschaftswachstum verkoppelte, energie- und stoffintensive westliche Wohlstandsmodell lässt sich nicht auf den

Rest der Erde ausweiten. Im Gegenteil, es unterminiert die Lebensbedingungen in anderen Erdteilen und kommender Generationen.

Nicht zuletzt aufgrund der dürftigen Evidenz einer absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum, Energie- und Ressourcenverbrauch sowie Treibhausgasemissionen erfreuen sich „Degrowth-“ oder Postwachstumsansätze zunehmender Beliebtheit. Diese durchaus heterogenen Ansätze haben gemeinsam, erstens das in Zweifel zu ziehen, was mitunter als „struktureller Imperativ“¹⁷ oder „Obsession“¹⁸ bezeichnet wird: das Wirtschaftswachstum als quasi natürlichen Gradmesser erfolgreicher Politik zu betrachten, und zweitens, nach ökologisch und sozial nachhaltigen Alternativen zu suchen. Der gemeinsame Nenner ist dabei das Plädoyer für die Wiedereinbettung von Produktions- und Konsumtionsmustern in planetarische Grenzen durch eine Reduktion des Stoff- und Energiedurchlaufs (*throughput*) vor allem in den reichen Ländern. Dies würde mittelfristig Entwicklungsspielräume für die gegenwärtig armen Länder schaffen.

Gewissermaßen als Spezialdisziplin des Postwachstumsdiskurses thematisiert der Ansatz der „nachhaltigen Wohlfahrt“ (*sustainable welfare*) die Rolle von Sozialstaat und Sozialpolitik innerhalb einer umfassenden ökologischen und sozialen Transformation.¹⁹ „Wohlfahrt“ wird zumeist sozio-ökonomisch und im Zusammenhang mit Verteilungsfragen im Kontext wachsender Ökonomien diskutiert, während „Sozialpolitik“ als das öffentliche Management sozialer Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit gilt. Dagegen werden Umweltbelange, obwohl sie spätestens seit den siebziger Jahren thematisiert worden sind, in der sozialpolitischen Debatte weitgehend ignoriert.²⁰ „Nachhaltige Wohlfahrt“ anerkennt die langfristigen Auswirkungen gegenwärtiger Produktions- und Konsumtionsnormen und fragt zum Beispiel danach, wessen Wohlfahrt eigentlich in Wohlfahrtssystemen zu repräsentieren

wäre. Brandstedt und Emmelin argumentieren in diesen Zusammenhang, dass die distributiven Prinzipien, welche den gegenwärtigen westlichen Wohlfahrtssystemen zugrunde liegen, auszuweiten wären auf den Rest des Planeten und zukünftige Generationen.²¹ Die Mittel, Einrichtungen und Methoden, mit denen gegenwärtig Wohlfahrtsbelange sichergestellt werden, sollten nicht mehr als unbedingt notwendig die Möglichkeiten zukünftiger Generationen beschneiden dürfen, ihre Wohlfahrtsbedürfnisse zu befriedigen.²² Dies beinhaltet die Akzeptanz und Respektierung kritischer biophysikalischer Schwellenwerte. Entsprechend wären Bedarfe, Bestreben und materielle Besitztümer kritisch zu hinterfragen – und mitunter einzuschränken. Das Verständnis des Klimawandels als einer verheerenden Bedrohung menschlicher Existenz im Besonderen und des Prinzips ökologischer Nachhaltigkeit im Allgemeinen konstituiert also eine Herausforderung für das „business as usual“ von Sozialpolitik und hat weitreichende Implikationen für ihre Reichweite und Ausrichtung. Im Rahmen „nachhaltiger Wohlfahrt“ liegt das Hauptaugenmerk nicht auf der Ausstattung und Verteilung materieller Reichtümer innerhalb der „happy few“ westlicher Gesellschaften, sondern auf der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen (*universality*) einschließlich zukünftiger Generationen (*intertemporality*) und innerhalb planetarischer Grenzen.²³

Für den nachhaltigen Wohlfahrtsansatz spielen Theorien menschlicher (Grund-) Bedürfnisse („basic human needs“) eine zentrale Rolle.²⁴ So geht Gough etwa intergenerationalen und universalen Fragen im Kontext des Klimawandels nach. Speziell schlägt er Prinzipien des „policy auditing“ vor, mithilfe derer kritische Schwellenwerte für ein „minimally decent life“ im Lichte wissenschaftlicher, aber auch praktischer Erkenntnisse beständig neu zu definieren wären. Während im Prinzip menschliche Grundbedürfnisse auf globaler Stufenleiter befriedigt werden können, ist es eine empirische Frage, was darüber hinausgehend möglich

ist. Ansätze nachhaltiger Wohlfahrt und speziell menschlicher Grundbedürfnisse stiften damit einen theoretischen und normativen Bezugsrahmen, innerhalb dessen bestehende Politik in ökologisch-sozialer Richtung zu verändern wäre.

Eine ökologisch-soziale Politik für nachhaltige Wohlfahrt

Nachhaltige Wohlfahrt ist orientiert an der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse innerhalb planetarischer Grenzen sowie in intergenerationaler und globaler Perspektive. Demnach wären sowohl wirtschafts-, sozial-, und umweltpolitische Ziele als auch materielle Wohlfahrtsstandards im Hinblick auf ihre Verallgemeinerbarkeit zu überprüfen. Um zugleich den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und Grundbedürfnisse zu erfüllen, wären Produktions- und Konsumtionsmuster so zu organisieren, dass der globale Stoff- und Energiedurchlauf nicht die von der Nachhaltigkeitswissenschaft identifizierten kritischen Grenzwerte übersteigt. Entsprechend wäre das Wirtschaftswachstum als übergeordnete Politikpriorität aufzugeben und durch biophysikalische Parameter zu ersetzen, die gewissermaßen das Feld begrenzen, innerhalb dessen sich globale, nationale und regionale Märkte entwickeln könnten. In den reichen Ländern würde eine ökologisch-soziale Politik von der eingangs beschriebenen „doppelten Ungleichheit“ ausgehen. Die Notwendigkeit einer die Klimapolitik flankierenden Sozialpolitik zeigt sich zum Beispiel an der sich aus Klimasicht empfehlenden ökologischen Sanierung des Häuserbestands: Eine solche wird nur in dem Maße bei der Wählerschaft auf Gegenliebe stoßen, wie sozialpolitische Maßnahmen Hausbesitzer und Mieter bei den bisweilen kostspieligen Sanierungen in Richtung „klimasmartes Wohnen“ finanziell unterstützen.

Entsprechende „öko-soziale“ Politikinitiativen könnten von Theorien nachhaltiger Wohlfahrt und speziell menschlichen Grundbedürfnissen angeleitet werden. Goughs „dual strategy“

könnte dabei eine kollektive und zugleich bürgernahe Methode darstellen, zwischen Grundbedarf und Luxus zu unterscheiden.²⁵ Dieser doppelten Strategie zufolge kämen Bürger, Experten und Regierungsvertreter in demokratischen Foren zusammen, um diejenigen Waren und Dienstleistungen zu bestimmen, die zur Erfüllung eines gegebenen Grundbedürfnisses notwendig sind, sowie das Niveau der Bedürfnisbefriedigung innerhalb bestimmter sozialer, kultureller und lokaler Kontexte. Ein Beispiel entsprechender ökologisch-sozialer Politik sind sogenannte Sozialtarife (*social tariffs*), bei denen Energietarife (etwa für Wasser und Strom) an das angepasst werden, was in einer Gemeinde als Grundbedürfnis angesehen wird. Demnach würde es einen niedrigen und vielleicht subventionierten Blocktarif für erste Einheiten von Strom und Gas und höhere Tarife für weitere Einheiten geben. Sozialtarife würden damit einerseits das menschliche Grundbedürfnis etwa auf trinkbares Wasser anerkennen, den freiwillig darüber hinausgehenden Konsum aber finanziell sanktionieren. Während der Gesamtpreis der in Privathaushalten anfallenden Energie kontinuierlich steigen könnte, würde die finanzielle Hauptlast denjenigen Haushalten aufgebürdet, die am meisten Energie verbrauchen.

Ein weiteres zentrales ökologisch-soziales und zugleich umkämpftes Politikfeld ist die Konsumtion, zum Beispiel beim Essen, Reisen und der Mobilität. Sollen planetarische Grenzen in Zukunft respektiert werden, müssten westliche Konsumtionsraten überproportional sinken, um anderen Weltregionen und zukünftigen Generationen erst einen würdevollen Lebensstandard zu erlauben. Exzessive Konsumtion wäre nicht länger anzusehen als Indikator gesellschaftlicher Legitimität, sondern als negative Externalität. Die verantwortlichen Konsumenten wären entsprechend für die Schäden, die sie anderen oder der Allgemeinheit zufügen, zur Kasse zu bitten. Nachhaltige Wohlfahrt und Theorien menschlicher Grundbedürfnisse wären hier erneut zu Rate zu ziehen, um ökologisch relativ

sichere Konsumtionskorridore zu etablieren und zwischen Mindeststandards der Bedürfnisbefriedigung, welche allen ein gutes Leben innerhalb planetarischer Notwendigkeiten erlauben, und Höchststandards, welche den individuellen Konsum natürlicher und sozialer Ressourcen begrenzen, zu unterscheiden.²⁶ Die EU könnte bestimmte Konsumtionsformen wie vegetarisches Essen, lokalen Tourismus, Fahrradfahren und die Nutzung öffentlicher Transportmittel unterstützen, und andere wie Fleischkonsum, Fernreisen, Auto- und Flugzeugmobilität erschweren. Kasser schlägt in diesem Zusammenhang eine dreifache Strategie vor, um das Ausmaß zu begrenzen, in dem wir Lebensstilen demonstrativer Konsumtion ausgesetzt sind: erstens, indem an Kinder adressierte Werbung verboten wird (wie in Schweden bereits der Fall); zweitens, durch Resilienz fördernde Maßnahmen, welche Bürgern dabei helfen, Werbebotschaften zu decodieren; und drittens, indem Menschen dabei geholfen wird, im Einklang mit „intrinsischen“ Zielen zu leben und zu handeln, etwa durch die Unterstützung von sogenannten „ethischen“ Konsumtionsformen.²⁷

Zur Wiedereinbettung von Wirtschaft und Gesellschaft in planetarische Grenzen wird insbesondere in der ökologischen Ökonomie und der *Degrowth research community* nicht nur ein bedingungsloses Mindest-, sondern auch ein Höchsteinkommen aus Vermögen und Gehalt für notwendig erachtet, das die „wirtschaftliche Dynamik“ bewusst verlangsamen und sowohl soziale Ungleichheit als auch demonstrativen Konsum begrenzen soll. Eine gleichzeitige Verkürzung der Regelerwerbsarbeitszeit dürfte nicht nur der Verringerung des Energie- und Stoffdurchlaufs, sondern auch einer gendgerechteren *work-life balance* zuträglich sein. Allerdings argumentiert Bailey, dass die staatlichen Mehreinnahmen, die aus der Einführung eines Höchsteinkommens und einer ökologischen Steuerreform entspringen mögen, die Steuereinbußen, wie sie sich in den reichen Ländern aufgrund eines Ausbleibens von

Wirtschaftswachstums einstellen würden, nicht kompensieren würde.²⁸ Damit würde gerade die finanzielle Basis des Sozialstaats geschmälert, die zum Krisenmanagement beim Übergang zur Postwachstumsökonomie notwendig wäre. Wenn aber die traditionellen und nationalen Wachstum-Besteuerung-Staatsausgaben-Modelle nicht mehr funktionieren, wird demokratisch ermittelt werden müssen, wie die Wohlfahrts- und Umweltstaaten der reichen Ländern so umstrukturiert und vermutlich verkleinert werden können, dass die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse dennoch gewährleistet bleibt. Da bestehende Sozialstaaten – durch die dieselben Mechanismen, welche soziale Ungleichheit in gewissen Grenzen halten – dazu beitragen, dass ein signifikanter Teil der Bevölkerung in die Lage versetzt wird, ökologisch schädliche Lebensstile führen, mögen kleinere Wohlfahrtsstaaten solange akzeptabel sein, wie sie eingebettet sind in eine Ökonomie, welche eine relativ egalitäre Verteilung von Einsätzen und Resultaten hervorbringt sowie ungesunde *work-life balances* und Umweltzerstörung vermeidet.

Fazit

Der Klimawandel und das Überschreiten planetarischer Grenzen sind eine ernsthafte Bedrohung für menschliche Zivilisation und Wohlfahrt. Es herrscht nunmehr ein nahezu globaler Konsens, den Treibhausgasausstoß sehr bald und radikal zu vermindern. Eine ambitionierte Klimapolitik aber, welche die Aussicht eröffnete, die Erderwärmung auf 1,5°C zu beschränken, hat einschneidende distributive Implikationen. Ausgleichende öffentliche Politiken eines neuen „öko-sozialen“ Typs wären notwendig, um ärmere Haushaltsgruppen dabei zu unterstützen, die finanziellen Bürden der Klimaziele zu schultern, und damit diese Politiken bei der Wählerschaft akzeptabel bleiben. Im Gegensatz zum rechtspopulistischen Diskurs à la *America First*, dem jegliche Anteilnahme am Schicksal der Millionen des globalen Südens fehlt, die bereits heute einem Klimawandel zum Opfer fallen, zu dem sie so

gut wie nichts beigetragen haben, hätte eine solidarische und demokratische Politik zum Ziel, eine Transformation der europäischen Produktions- und Konsumtionsmuster herbeizuführen, welche das Einhalten der Pariser Klimaziele eine realistische Perspektive werden ließe.

Der Vorteil der vorherrschenden Politikstrategie des grünen Wachstums besteht darin, sich keinerlei Feinde zu machen. Nicht zufällig reicht die Zustimmung zu diesem Kurs weit – von grünen über liberale Parteien bis hin zu Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Allerdings sind EU Mitgliedsstaaten bis dato nicht sonderlich erfolgreich darin gewesen, Synergien durch eine bessere Koordination von Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kreieren. Vor allem aber der nach wie vor ausbleibende empirische Nachweis einer absoluten Entkoppelbarkeit von Wirtschaftswachstum, Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Treibhausgasemissionen lässt die grüne Wachstumsstrategie als ungeeignet erscheinen, die selbstgesteckten Klimaziele einzuhalten. Dafür wäre sie eher früher als später in eine Postwachstumsstrategie zu überführen. Im Unterschied zur grünen Wachstumsphase aber hätte die Politik dann mitunter unpopuläre Entscheidungen zu treffen und die materiellen Interessen gegenwärtig einflussreicher Personengruppen zu beschneiden.

Auf dem Felde der Wohlfahrts- und Sozialpolitik werden in dieser Situation zunehmend Ansätze und Politikentwürfe diskutiert, welche auf die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse innerhalb planetarischer Grenzen abzielen und dabei das Wirtschaftswachstum depriorisieren. Einerseits weisen „degrowth“ und „sustainable welfare“ und entsprechende „öko-soziale“ Politikvorschläge darauf hin, dass die Potentiale, ein würdevolles Leben innerhalb ökologischer Grenzen zu führen, bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Andererseits erscheinen diese Vorschläge immer noch recht heterogen und vereinzelt, so dass es weiterer theoretischer und praktischer Arbeit bedarf, diese zu bündeln

und zu einer integrierten und kohärenten Strategie der ökonomischen, politischen und ökologischen Transformation zu entwickeln.

Anmerkungen

¹ Steffen W., Richardson K., Rockström J. et al. (2015) Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet, *Science*, 347, 6223.

² Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014). *Climate Change 2014: Synthesis Report. Summary for Policymakers*, Geneva, http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_SPMcorr2.pdf.

³ du Pont Y.R. und Meinshausen M. (2018) Warming assessment of the bottom-up Paris Agreement emissions pledges. *Nature Communications* 9: 4810.

⁴ EuroMemo Group (European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe) (2018) Can the EU still be saved? The implications of a multi-speed Europe, http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2018.pdf.

⁵ Roberts J.T. und Parks B.C. (2006) A Climate of Injustice. Global Inequality, North-South Politics, and Climate Policy, Cambridge.

⁶ Walker G. (2012) Environmental Justice: Concepts, Evidence and Politics, London.

⁷ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014). *Climate Change 2014: Synthesis Report. Summary for Policymakers*, Genf, http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_SPMcorr2.pdf.

⁸ Anderson K. und Peters G. (2016) The trouble with negative emissions, *Science* 354, 182-183.

⁹ European Commission (2011a) Energy 2020. A strategy for competitive, secure and sustainable energy. Communications from the Commission, COM(2010) 639 final, Luxemburg: Publications office of the European Union.

¹⁰ European Commission (2011b) Energy roadmap 2050. Communications from the Commission, COM(2011) 885 final, Luxemburg: Publications office of the European Union.

¹¹ European Commission (2010) Europe 2020 – A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Communication from the Commission, COM(2010) 2020 final, Luxemburg: Publications office of the European Union.

¹² Koch M., Gullberg A.T., Schoyen M.A. und Hvinden B. (2016) Sustainable welfare in the EU: Promoting synergies between climate and social policies, *Critical Social Policy*, 36(4), 704-715.

¹³ Dieses komparative Projekt untersucht, wie nationale Regierungen Fragen der sozialen Wohlfahrt und ökologischer Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Politikbereichen miteinander verzahnen (<https://blogg.hioa.no/sustainablewelfare/>).

¹⁴ Takle M., Schoyen M.A. und Hvinden, B (2017) Achieving sustainable welfare states in Europe: What role do national sustainability development strategies have? Paper präsentiert auf der 2017 ESPAnet Conference, Portugal, 14-16 September.

¹⁵ Antal M. und Van Den Bergh J. (2014) Green growth and climate change: conceptual and empirical considerations, *Climate Policy*, 16(2), 165-177. Jackson T. (2017) *Prosperity Without Growth: Economics for a Finite Planet*, London.

¹⁶ Fritz M. und Koch M. (2016) Economic development and prosperity patterns around the world: Structural challenges for a global steady-state economy, *Global Environmental Change*, 38, 41-48. O'Neill D., Fanning A.L., Lamb W.F. und Steinberger J.K. (2018) A good life for all within planetary boundaries, *Nature Sustainability*, 1, 88-95.

¹⁷ Koch, M. (2017) Die Naturalisierung des Wachstums in Produktion und Konsumtion: Von Marx über den Regulationsansatz zu Bourdieu, *Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 47(4), 635-652.

-
- ¹⁸ Daly H. und Farley J. (2011) *Ecological Economics. Principles and Applications*, Washington.
- ¹⁹ Koch M. und Mont O. (Hgs) (2016) *Sustainability and the Political Economy of Welfare*, London.
- ²⁰ Schoyen M. und Hvinden B. (2017) Climate change as a challenge for European welfare states, in Kenneth P. und Lendvai-Bainton N. (Hgs) *Handbook of European Social Policy*, Cheltenham (371-385).
- ²¹ Brandstedt E. und Emmelin M. (2016) The concept of sustainable welfare, in Koch M. und Mont O. (Hgs) *Sustainability and the Political Economy of Welfare*, London (15-28).
- ²² Büchs M. und Koch M. (2017) *Postgrowth and Wellbeing: Challenges to Sustainable Welfare*, London.
- ²³ Koch M., Buch-Hansen H. und Fritz M. (2017) Shifting priorities in degrowth research: An argument for the centrality of human needs, *Ecological Economics*, 138, 74-81.
- ²⁴ Gough I. (2017) *Heat, Greed and Human Need: Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing*, Cheltenham.
- ²⁵ Ebd., 69.
- ²⁶ Ebd., 197f.
- ²⁷ Kasser T. (2009) Psychological need satisfaction, personal wellbeing, and ecological sustainability, *Ecopsychology*, 1(4), 175-180.
- ²⁸ Bailey D. (2015) The environmental paradox of the welfare state: The dynamics of sustainability, *New Political Economy*, 20(6), 793-811.